

Düstere Bilanz nach zehn Jahren Hartz-Reformen

Kein Grund zum Feiern

Vor zehn Jahren sollte der Arbeitsmarkt in Deutschland mit den Hartz-IV-Reformen umgekrempelt werden. Für Arbeitgeber und Wirtschaft hat sich die Reform ausgezahlt. Für Arbeitnehmer und Gesellschaft hat sich das Klima bedeutend verschlechtert. Die Angst vor dem sozialen Abstieg und Armut ist durch Hartz IV in der Mittelschicht angekommen.

2002 stellte die Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Hartz-Reformen vor. Sie stellten die einschneidendste Reform des deutschen Sozialsystems seit 1945 dar.

Die Hartz-Reformen, besonders Hartz IV, haben unbestreitbar das Land verändert. Von Wirtschaft und Politik werden sie als Motor für die positive Wirtschaftsentwicklung und

abnehmende Arbeitslosigkeit gefeiert. Das „deutsche Modell“ wird gar den krisengeschüttelten europäischen Nachbarn als Heilmittel empfohlen.

Dabei verschweigen die Befürworter allerdings gerne, welche negativen Veränderungen die Hartz-Reformen auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinterlassen und in der Gesellschaft erzeugt haben.

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt

- Die frühere Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft und das neue Hartz IV auf Sozialhilfeniveau herabgesenkt.
- Es gibt keinen Berufs- und Qualifikationsschutz mehr. Arbeitslose werden durch Sanktionen und Angst vor Armut genötigt, jeden Job zu jedem Lohn anzunehmen.
- Wer Hartz IV beantragen muss, muss seine Altersvorsorge und andere Rücklagen auflösen – die Altersarmut ist vorgezeichnet.
- Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor Europas. Jede zweite Einstellung ist befristet, Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Minijobs haben stark zugenommen.
- Die Zahl der Soloselbstständigen, hinter der sich oft Scheinselbstständigkeit verbirgt, hat sich verdoppelt.
- Die Zahl der „Aufstocker“, die aufgrund niedriger Löhne und Teilzeitjobs nicht von ihrem Lohn leben können und

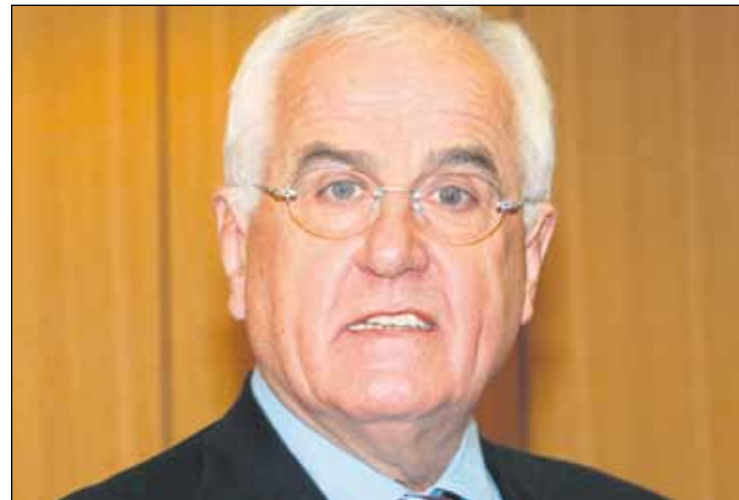


Foto: DB David Hecker Pool/picture alliance

Vor zehn Jahren hatte der damalige VW-Manager Peter Hartz im Auftrag von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) seine Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorgestellt.

einen Zuschuss vom Jobcenter benötigen, wächst.

- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist durch Hartz IV kaum gesunken, die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten gar gestiegen.

Düstere Bilanz nach zehn Jahren Hartz-Reform

Zehn Jahre nach Einführung der Hartz-Reformen fällt die Bilanz mit Blick auf die allgemeine soziale Schieflage in unserer Gesellschaft düster aus. Hartz IV hat der Armut den

Weg in die Mittelschicht geebnet. Die Angst vor dem sozialen Abstieg sitzt Arbeitnehmern im Nacken, falls sie ihren Arbeitsplatz verlieren sollten.

Der SoVD sieht deshalb das Ziel einer Arbeitsmarktreform in einer eigenständigen, teilhabeorientierten sozialen Mindestsicherung. Er fordert insbesondere eine Anhebung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I sowie einen finanziellen Ausgleich der Übergänge vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II („Hartz IV“).



Foto: Harald07/fotolia

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Deutschland seit den Hartz-Reformen weiter gestiegen.



Personalien

Karin Oswald wird am 21. September 75 Jahre alt. Die stellvertretende Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein ist dem Verband seit fast 45 Jahren verbunden. Jahrzehntlang beruflich und ehrenamtlich auf verschiedenen Kreisverbandsebenen aktiv, gehört Karin Oswald zudem seit vielen Jahren dem Bundesvorstand an. Für ihr ehrenamtliches Engagement wurde sie vielfach ausgezeichnet.



Karin Oswald



Personalien

Gerhard Renner feiert am 14. September seinen 65. Geburtstag. Renner, seit November 2011 SoVD-Vizepräsident, ist außerdem Vorstandsmitglied des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Renner war unter anderem Geschäftsführer der meravis KG, einer Tochtergesellschaft des SoVD. Von Januar bis Juni 2010 leitete Renner als Interimgeschäftsführer die SoVD-Bundesgeschäftsstelle.



Gerhard Renner



Frauen im SoVD – das Thema

Gewalt einheitlich bekämpfen

Jede vierte Frau im Alter zwischen 16 und 85 Jahren hat im Verlauf ihres Lebens körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt durch einen Beziehungspartner erlitten. Gewalt gegen Frauen ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung und durch nichts zu rechtfertigen. Die ganze Gesellschaft, insbesondere der Staat, muss dafür Sorge tragen, dass häusliche Gewalt mit allen Mitteln bekämpft wird.

Jährlich suchen in Deutschland 40 000 Frauen und Kinder den Schutz der Frauenhäuser. Die Mitarbeiterinnen kämpfen mit einem ungeheuer großen Engagement für ihre Schützlinge. Aber statt dafür die nötige Unterstützung zu bekommen, kämpfen die Frauenhäuser um ihre Existenz und sind auf freiwillige Finanzierungen durch Länder und Kommunen angewiesen. Mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung wurden sie zusätzlich von Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII abhängig gemacht. Das heißt: Alle betroffenen Frauen, die nicht leistungsberechtigt sind, erhalten keine finanzielle Unterstützung, so zum Beispiel Schülerinnen und Studentinnen. Frauen mit eigenem Einkommen müssen ihren Aufenthalt selbst zahlen.



Jutta Kühl
Landesfrauensprecherin
SoVD Schleswig-Holstein

Diese skandalösen Regelungen vieler Hilfe suchender Frauen müssen dringend abgeschafft werden. Stattdessen sollte den Empfehlungen des „UNAusschusses zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen“ gefolgt werden. Der Ausschuss forderte die Bundesregierung bereits 2009 auf,

die Frauenhäuser im gesamten Bundesgebiet bedarfsgerecht auszustatten – unter anderem auch für Frauen mit Behinderung zugänglich zu machen – und dafür zu sorgen, dass die Schutzstellen allen Frauen offen stehen. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss endlich auf ein tragfähiges und verlässliches Fundament gestellt werden. Wir müssen weg von dem Freiwilligenprinzip und hin zu einer bundeseinheitlichen gesetzlich festgelegten Regelung. Misshandelte Frauen und ihre Kinder müssen sich zu jeder Zeit darauf verlassen können, dass sie in Form der Frauenhäuser Schutzräume vorfinden, für die der Staat garantiert. Dieses fordern die SoVD-Frauen seit langem. Es wird Zeit, dass unsere Forderungen endlich Gehör finden.